

AUS: AUSGABE VOM 28.01.2009, SEITE 13 / FEUILLETON

Kein Denkmal zur Beruhigung

Informieren oder gedenken? In Berlin wurde über ein zentrales Gedenken für die »Euthanasie«-Opfer beraten

Von Sabine Lueken

Vergangene Woche fand im Berliner Martin-Gropius-Bau ein öffentliches Symposium »zum Umgang mit dem historischen Gelände Tiergartenstraße 4« statt. In besagter Straße befand sich die Verwaltungszentrale, von der aus die Nazis ab 1940 den Massenmord an Patienten von Heil- und Pflegestätten durchführten, Aktion »T4« genannt. Die Forschung geht von zirka 300000 »Euthanasie«-Opfern in ganz Europa aus. Dabei begann das Töten bereits mit Kriegsbeginn 1939. Schon seit längerem bemühen sich verschiedene Initiativen um eine angemessene Gestaltung dieses Ortes, um auf die von hier aus initiierten und koordinierten Verbrechen aufmerksam zu machen.

Die Vorschläge dazu sollten in vier Expertenrunden und einer anschließenden allgemeinen Diskussionsrunde beraten werden. Vertreter von Wissenschaft, Gedenkstätten, Betroffenenverbänden und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung umrissen ihre Sicht des möglichen Umgangs mit dem historischen Ort. Der Sozialpsychiater Klaus Dörner plädierte dafür, die Diskurse der Psychiatrie, der Gesellschafts- und der Geschichtswissenschaft zusammenzubringen. Es sei wichtig, an die »offene Wunde der Psychiatrie« zu erinnern, denn »Euthanasie« und Zwangssterilisation seien weit mehr das Ergebnis der Entwicklung der Psychiatrie im 19. Jahrhundert gewesen, als daß sie eigens von Nazis erfunden worden wären.

Auch der Hamburger Psychologe Michael Wunder, Mitglied des Deutschen Ethikrates, betonte, daß eine Ausstellung zur »Euthanasie«-Geschichte, die über 40 Jahre lang schamvoll ignoriert worden sei, nicht den Charakter eines wie auch immer gestalteten »Schlußstrichs« haben dürfte. Vielmehr sollte sie zur moralischen Wachsamkeit beitragen, zum Beispiel bei den aktuellen Debatten um die sogenannte Sterbehilfe.

Auf den Podien war man sich weitgehend einig, daß in Berlin ein Aufklärungs- und Dokumentationsort entstehen sollte. Bezuglich der Art und Weise des Gedenkens bestanden allerdings unterschiedliche Auffassungen. Georg Lilienthal, der Leiter der Gedenkstätte Hadamar in Hessen – Hadamar war eine der sechs »Euthanasie«-Gasmordanstalten – plädierte für einen eigenständigen Platz zum Gedenken, getrennt von der Dokumentation. Denn »T4« sei ein Täterort, kein Opfer habe hier jemals seinen Fuß hingesetzt. Auch Margret Hamm, Vorsitzende des »Bundes der Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten«, sprach sich gegen einen Gedenkort am Ort der Täter aus. Wichtig sei es, an einem Informationsort auch die Vor- und Nachgeschichte der NS-»Euthanasie« zu dokumentieren, besonders den jahrzehntelangen Kampf der Betroffenen um die Anerkennung als NS-Opfergruppe nach 1945. Aus ihrer Arbeit mit den Opfern und

deren Angehörigen wisse sie, daß diese dort trauern wollten, wo die Verbrechen geschehen waren. »Ein Denkmal nur zur Beruhigung des Gewissens der Nachgeborenen wollen die Opfer nicht.« Bis heute wird den Opfern der Status als Verfolgte des NS -Regimes und damit auch eine Entschädigung verweigert. Zwar hat der Bundestag im Mai 2007 das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses«, das 1934 in Kraft getretene NS-Rassegesetz, geächtet und die Opfer rehabilitiert, aber nicht entschädigt. Statt dessen wird bei der Suche nach einem angemessenen Gedenkort eine merkwürdige Eile an den Tag gelegt, von der nicht ganz klar ist, woher sie kommt. Vielleicht will die Senatsverwaltung die Gestaltung des Kulturforums, auf dem das Gelände liegt, nunmehr endlich zum Abschluß bringen.

Der »Runde Tisch«, eine nach dem Schneeballsystem zusammengekommene Gruppe Betroffener und Interessierter, wie es Sigrid Falkenstein als dessen Vertreterin ausdrückte, plädiert für einen Ort, an dem Information und Gedenken gleichermaßen stattfindet. Sie lud am Ende alle Interessierten ein, am »Runden Tisch« teilzunehmen und sich an der weiteren Diskussion zu beteiligen.